



Innenpolitischer „Applaus“ – außenpolitische Risiken für die Sicherheit

Dr. Klaus Olshausen

Mai 2026

Zusammenfassung

In den vergangenen Jahrzehnten sind immer wieder außenpolitische Entscheidungen unterblieben oder außenpolitische Maßnahmen verändert und beendet worden, weil innenpolitische Kritik ein ausschlaggebender Faktor war. Russland als Aggressor, China als Systemrivale und Amerika unter Trump als unzuverlässiger Akteur verlangen Entscheidungen und Maßnahmen, die Russlands Aggression zurückweisen, Chinas politische Einflussnahme über ökonomische Ungleichgewichte in Richtung Systemänderung minimieren und gegenüber einem europaskeptischen Amerika nicht aus Ärger, Trotz oder Wut Leistungen infrage stellen oder aufgeben, die man selbst benötigt. Europa und Deutschland haben nie vermocht, eigenen Gesellschaften klarzumachen, dass Russlands Aggression sich über die Ukraine hinaus gegen das freie Europa richtet, und so bleibt Risikovermeidung für einen selbst vorrangig gegenüber dem frühzeitigen Zurückweisen der Aggression. Besonders deutlich lassen sich innenpolitische Reflexe in der europäischen Politik gegenüber dem Mullah-Regime seit 47 Jahren beleuchten. Bei weitgehender Einigkeit über vier, ja fünf Forderungen an das Mullah- jetzt wohl Militär-Regime – haben Israel und die USA – nicht zuletzt nach dem 7. Oktober 2023 – beschlossen, den Konflikt für die vier Forderungen mit einem Luftkrieg zu führen. Das ist bisher nicht erfolgreich. Ablehnung und Verurteilung dieses Krieges auch aus innenpolitischen Gründen durch viele Regierungen, haben aber in den zurückliegenden Jahrzehnten keinen nicht-militärischen Weg aufzeigen, geschweige denn auf den Weg bringen können, die von vielen anerkannten vier Forderungen durchzusetzen. Dass innenpolitisch getriebene Kritik auch außenpolitische Konsequenzen anderer Art haben kann, lässt sich an Amerikas Reaktion insbesondere mit der Nicht-Stationierung von Tomahawk Verbänden ablesen – einem entscheidenden Element glaubwürdiger Abschreckung gegen Russlands Übergewicht bei nuklearen Waffensystemen mittlerer Reichweite.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Alle politisch interessierten Menschen am politischen und wirtschaftlichen Geschehen im Land und mit hoher Aufmerksamkeit für alle Entwicklungen mit schwierigen Wirkungen auf unsere außenpolitische Lage und eigene Sicherheit sind sich seit Jahren bewusst, dass sich so etwas entwickelt wie „innenpolitische Außenpolitik.“

Was verbirgt sich dahinter? Generell gilt, dass Regierungen in der internationalen Politik mit befreundeten und verbündeten Staaten sowie Partnerstaaten ihre Beziehungen so gestalten, dass es gelingt, Gegensätze untereinander zu minimieren, um mit Stärke und Resilienz gemeinsam gegen Rivalen, Gegner, ja Feinde, auftreten zu können.

Spätestens seit dem 24. Februar 2022 ist offensichtlich, dass Putins Russland nicht nur der Aggressor gegen die Ukraine ist, sondern auch mit nicht-kinetischen Mitteln feindlich gegen die Staaten der EU und der NATO in Europa wirkt. Seit 2019 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten zunehmend erkannt, dass China in erheblichem Umfang als Systemrivale agiert und dazu Wettbewerb und Partnerbeziehungen nutzt. Mit Beginn der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump sind die Beziehungen zu dieser Administration in der Handels- und Wirtschaftspolitik, insbesondere durch Zölle belastet. Aber Präsident Trump steht auch für Ablehnung der EU und Skepsis, ja negative Maßnahmen innerhalb der NATO.

Bei dieser Grundkonstellation kommt es für Deutschland, wie für fast alle europäischen Staaten darauf an, gegen Russland mit massiver Unterstützung der Ukraine und dem beschleunigten Aufbau eigener Fähigkeiten zur Bündnisverteidigung in militärischen wie nicht-militärischen Bereichen eine glaubwürdige Abschreckung aufzubauen und zu gewährleisten. Gegenüber China sind ökonomische Abhängigkeiten abzubauen oder zu vermeiden, die dem Systemrivalen Einfluss- oder sogar Erpressungspotenziale eröffnen – außerhalb von Partnerschaft und Wettbewerb. Und Zusammenwirken mit einem Amerika, das die Trump-Administration mehr auf Europadistanz und EU-Ablehnung auszurichten bestrebt scheint, so zu gestalten, dass nicht aus Ärger, Trotz oder Wut Verbindungen und Leistungen infrage gestellt oder aus eigenem Antrieb aufgegeben werden, die man selbst benötigt.

Die Politik der EU, ja Europas gegenüber dem aggressiven Russland hat nie gewollt oder vermocht, der breiten Öffentlichkeit, der Bürgergesellschaft klar zu machen oder zu zumuten, dass Putins politischer Zweck seines Handelns nicht allein die Ukraine, sondern das freie Europa ist. Das hat dann dazu geführt, dass viele Länder weiter russisches Öl und Gas kaufen, weil man den Eindruck erwecken will, dass „nach dem Ukraine-Krieg“ ja wieder „Ruhe einkehren werde“. Die fehlende Erkenntnis, dass die Unterstützung der Ukraine keine altruistische, gar karitative Maßnahme ist, sondern mit dessen massiver Unterstützung Russland schon in der Ukraine zurückgewiesen werden muss, machte Risikovermeidung bei allen Fragen der Hilfe mit Rücksicht auf innenpolitische Vorbehalte und Ängste in der Bevölkerung ausschlaggebend.

Man wird aufklären müssen, wie dies zur Verlängerung und Intensivierung des Krieges beigetragen hat. Und es sind innenpolitische Rücksichten, die Staaten weiterhin russisches Gas/LNG und Öl kaufen lassen und damit Putin ermöglichen, seinen Krieg gegen das freie Europa fortzusetzen. Diese unerträgliche Lage wird mit den Preiserhöhungen wegen der Sperrung der Straße von Hormuz noch einmal nachhaltig unterstrichen. Solange das freie Europa den Angriff Russlands nur auf die Ukraine und begrenzt auf die eigene Sicherheit bezieht, vollzieht sich die gebremste Unterstützung der Ukraine weiter nach dem Grundsatz „ein Staat [oder Staaten], der in der Sache eines anderen auftritt, wird diese niemals so ernst nehmen wie seine eigene“. So wurde die von



Kanzler Scholz wiederholt vorgetragene Forderung: „Russland muss sich aus der Ukraine“ zurückziehen“ nie mit einem (Kriegs-)Plan und Mitteln versehen, um dies zu erreichen.

An der deutschen, aber auch europäischen Politik gegenüber dem Mullah-Regime des Iran seit über 47 Jahren, insbesondere aber seit dem HAMAS Massaker auf Israel, lassen sich innenpolitische Reflexe und innenpolitische Debatten in ihren Auswirkungen auf Außenpolitik besonders klar beleuchten.

In der allgemeinen Analyse und Bewertung der Politik des Mullah-Regimes, jetzt wohl des Militärregimes, bestand weitgehend Einigkeit, dass vier Forderungen an den Iran zu richten und von diesem zu erfüllen sind, um der Stabilität in der Region, aber auch darüber hinaus eine Chance einzuräumen:

- + nachweisbarer Verzicht auf die „Atombombe“;
- + Einstellen der Entwicklung und Produktion der Raketen;
- + keine Unterstützung von terroristischen Milizen in der Region und damit verbunden;
- + die endgültige politische Absage an das Ziel einer Auslöschung Israels.

Dies wurde noch unterlegt mit der Verurteilung des repressiven Regimes und der Forderung, Freiheitsrechte der Menschen endlich zu beachten.

Um diese Forderungen – nach 47 Jahren – voranzubringen, haben sich Israel und die USA Ende Februar entschlossen, den bestehenden internationalen bewaffneten Konflikt militärisch mit einem intensiven Luftkrieg zu führen, um die genannten Forderungen möglichst alle durchzusetzen. Das ist bisher nicht gelungen und hat mit der Sperrung der Straße von Hormuz sogar weltweite zunächst v.a. ökonomisch negative Auswirkungen. Nun wird in einer Reihe europäischer Länder dieser Versuch strikt abgelehnt, ja als völkerrechtswidrig verurteilt. Dem mag man zustimmen oder nicht. Faktum ist aber, dass alle Kritiker, die damit auch ihre innenpolitische Situation bedienen, keinen gangbaren Weg aufzeigen, wie die von vielen anerkannten vier Forderungen gegen das Regime im Iran durchgesetzt werden können.

In dieser Lage ist innenpolitische getriebene Kritik an der Trump-Administration, z.B. vor Schulklassen zwar Zustimmung zu Hause erheischend. Aber im größeren Zusammenhang haben Aussagen dann auch außenpolitische Konsequenzen. Die ersten sind nun eingetreten. Dass die USA darüber nachdenken und planen, ihre militärische Kräftekonfiguration auf dem Globus zu überprüfen und zu verändern, ist keine Neuigkeit. Aber dass dies jetzt – auf Deutschland bezogen – vorgezogen und wahrscheinlich noch verschärft wird, unterbricht jede geordnete Planung mit der NATO. Noch schwerwiegender ist die Absage der Stationierung der Tomahawk in Wiesbaden. Denn damit entfällt ein entscheidendes Element glaubwürdiger – gerade auch nuklearer – Abschreckung in und für Europa. Beides hat nur einen Gewinner: Putin. War es den Auftritt wert?

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Klaus Olshausen